

Sitzungsvorlage



Nr.:	37a/2006
ausgefertigt am:	23.02.2006
Fachamt:	Naturschutzamt
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">– Umweltausschuss– Kreisausschuss– Kreistag

Konsequenzen aus dem Kahlschlag im Holzburgur Wald hier: Erläuterungen des Landrates

Die Revierförsterei Holzburg des Forstamtes Harsefeld der Anstalt Niedersächsische Landesforsten hat Ende 2005 im Holzburgur Wald bei Bad Bederkesa auf einer Fläche von rd. 3 ha einen Kahlschlag durchgeführt. Auf der Fläche stockten rd. 225jährige Eichen und Buchen. Im zurückliegenden Jahrzehnt hat die Landesforst versucht, in diesem Bereich Teilflächen, die durch Kleinkahlschläge entstanden sind (Löcherhiebe), durch die Pflanzung von Eichen zu verjüngen. Verwilderung mit Brombeere und Wildverbiss haben diesen Versuch fehlschlagen lassen und zu einer starken Verwilderung dieser Kleinkahlschläge ohne verwertbare Bestockung geführt.

Eine Naturverjüngung war nach Angaben der Niedersächsischen Landesforsten zum gegenwärtigen Zeitpunkt angesichts der starken Verwilderung der Fläche mit Brombeere und Gras nicht mehr möglich. Bei dem geschlagenen Bestand handelt es sich um einen historisch alten Waldstandort, der seit dem Mittelalter ununterbrochen mit Wald bestanden war. Historisch alter Wald hat in der Regel eine einzigartige Tier- und Pflanzenwelt, die dort ihren Rückzugsraum gefunden hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass viele im/um oder auf dem Boden lebende Tiere und Pflanzen nachweislich eine extrem langsame Ausbreitungsgeschwindigkeit haben bzw. andere Standorte nicht besiedeln können.

Rechtliche Bewertung:

Die Anstalt Niedersächsische Landesforsten ist nach § 12 Abs. 1 Satz 3 Nds. Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) nicht verpflichtet einen Kahlschlag anzuzeigen, sie hat aber die Unterlegungsgründe des § 12 Abs 3 NWaldLG zu berücksichtigen.

Der Kahlschlag der Niedersächsischen Landesforstverwaltung wurde innerhalb des FFH-Gebietes „Ahlen-Falkenberger Moor, Seen bei Bad Bederkesa“ (EU-Kennzeichen: DE 2218-301) durchgeführt und hat teilweise den FFH-Lebensraumtyp Eichen-Hainbuchenwälder betroffen. Die kahl geschlagene Fläche befindet sich vollständig innerhalb des seit 2002 von der damaligen Bezirksregierung Lüneburg geplanten Naturschutzgebietes „Holzburgur und Hörner Moor“. Die beabsichtigte Erklärung zum Naturschutzgebiet bezweckt insbesondere die Erhaltung und Entwicklung eines Teils historisch alten Laubwaldes u. a. aus Buchen- und Eichenwald. Die Verordnung soll der Umsetzung der FFH-Richtlinie dienen.

Nach § 34 c Niedersächsisches Naturschutzgesetz (NNatG) ist ein Projekt in einem Gebiet für das Netz „Natura 2000“, zu dem die FFH-Gebiete gehören, vor seiner Zulassung oder Durchführung auf seine Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen dieses Gebietes zu überprüfen. Eine solche sog. „FFH-Verträglichkeitsprüfung“ ist nur dann nicht erforderlich, wenn mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, dass die beabsichtigte Maßnahme nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Schutzziele des FFH-Gebietes führen kann.

Eine FFH-Verträglichkeitsprüfung ist im Benehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde durchzuführen – hier dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Betriebsstelle Lüneburg. Eine Verträglichkeitsprüfung hat es bisher für den durchgeführten Kahlschlag und die beabsichtigte Wiederaufforstung mit Eichen im sog. Baggergrabestreifen-Kultur-Verfahren nicht gegeben.

Weder die untere Naturschutz- noch die untere Waldbehörde wurden von den Niedersächsischen Landesforsten vor Durchführung der Maßnahme informiert. Die Staatliche Forstverwaltung ist als Landesbehörde gehalten, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu unterstützen. Sie hat nach § 56 NNatG die Naturschutzbehörden bereits bei der Vorberei-

tung aller öffentlichen Planungen und Maßnahmen, die die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege berühren können, zu unterrichten und anzuhören.

Diese Unterstützungspflicht verlangt, die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§§ 1 u. 2 NNatG) bei ihren eigenen Planungen und Maßnahmen aktiv zu fördern.

Ob die untere Naturschutzbehörde zuständig und berufen ist, eine Maßnahme der Landesforstverwaltung, die in einem FFH-Gebiet durchgeführt wird, zu überprüfen und ggf. Folgemaßnahmen anzuordnen, habe ich bereits Mitte Januar in einem Bericht an das Niedersächsische Umweltministerium problematisiert. Das Umweltministerium hat diesen Bericht zwischenzeitlich an das Landwirtschaftsministerium weitergeleitet. Ein Antwort steht noch aus.

Der Leiter der Anstalt Niedersächsische Landesforsten – Forstamt Harsefeld, Herr Dr. Fricke – ist zur Sitzung des Umweltausschusses eingeladen, um ihm die Möglichkeit einzuräumen, eine Stellungnahme abzugeben und auf evtl. Fragen einzugehen.

Beschlussvorschlag:

Die Erläuterungen des Landrates sowie die Erläuterungen des Forstamtes Harsefeld werden zur Kenntnis genommen.
Die Angelegenheit wird erörtert.

In Vertretung

Jochimsen